

Verbandsstelle der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
- 1. April 1960



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/XV/77 - 1. April 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2	<u>Über Adenauers diplomatischen Stil</u> Von Fritz Sänger	58
3	<u>Ein Schlag gegen Europa</u> Zur zweiten französischen Atomkernexplosion	46
4	<u>Schweizer Abwehr gegen ausländische Geheimbundelei</u> Blick in den Dschungel der Nachrichtendienste	53
5 - 6	<u>konomische Entwicklungsaufgaben</u> Zur bevorstehenden Errichtung der Berliner "Akademie für Entwicklungsländer"	67

Sonderausgabe:

1 - 13 Der "Fall Oberländer"
Eine dokumentarische Zusammenstellung

* * * *
* * *

Über Adenauers diplomatischen Stil

Von Fritz Sänger

Es ist nicht unsere Schuld, dass wir noch einmal etwas zu den merkwurDIGen Methoden der amtlichen deutschen politischen Arbeit im Ausland sagen müssen. Sie sind längst bei denen zum Ärgernis geworden, denen es um vertrauensvolle Beziehungen unseres Landes zu allen anderen in der Welt geht, hierzulande und draussen.

Wir meinen nicht die "Beziehungen", die bei Empfängen und im Frack gepflegt werden. Sie haben nur noch geringe Bedeutung, im Gegensatz zu einst - und das ist lange her. Wir denken an das Vertrauen, das die Deutschen und ihre Regierung brauchen, um den schwierigen, sehr schmalen Weg aus dem Zusammenbruch über die Wunder-Gegenwart bis zur gesicherten Freiheit eines in demokratischer Verfassung lebenden Deutschlands gehen zu können.

Es geschieht vieles in der Bundesrepublik, was dem Ausland Respekt abnotigt. Das geschieht aber kaum je von Intes wegen. Amtlich werden die Fäden gesponnen zu Autokratien und hinterbliebenen Faschistenregierungen, zu ehemaligen Achsenfreunden und zu manchen anderen, denen in der Tradition gewachsene Demokraten gern einen höflichen Gruss erteilten - und das wäre auch alles. Man sollte von Fall zu Fall Reiseziel und Art des Sichgebens bedenken.

Es ist im Ausland vermerkt worden, dass die Beziehungen zu Frankreich intimer geworden sind, manche meinten sogar herzlicher, als das autoritäre Regime dort an die Regierung kam.

Auf die spanische Affäre ist wegen ihrer eindrucksvollen Ungeschicklichkeit nur noch hinzuweisen und jedermann ist unterrichtet und hat einen schlechten Geschmack. Der dümmliche Vorgang um Sékou Touré ist ausreichend beleuchtet worden. Das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Ministerpräsidenten von Israel in New York hat durch seine Behandlung in offiziellen Presseverlautbarungen und in amtlichen Äußerungen peinliches Aufsehen erregt. Adenauers Reden und Bemerkungen in kleinem Kreise in den USA waren nicht in jedem Falle einem Kanzler der Bundesrepublik gemäss, die vor einer lebenswichtigen Konferenz steht. Man verlautebarte vor der USA-Reise, dass Berlin überhaupt nicht auf die Gipfelkonferenz gehöre und dass jedes neue Abkommen nur schlechter sein könne und reist aus den USA ab mit der Zubilligung, über Berlin könne oder solle verhandelt werden, und ein neues Abkommen sei akzeptabel. Dazu hatte man den Geschmack, im fremden Lande den deutschen Bürgern zu sagen, dass man "eigentlich" und "nie wirklich" gegen Berlin-Verhandlungen gewesen sei, und auch nicht jedes neue Abkommen verdammt habe. Von Tokio aus gar wandte sich der Gast - für eine aufhorchende Welt zum Grausen - in politischer Polemik hart und ungeschminkt gegen den leitenden Staatsmann des Nachbarlandes seines Gastgeber.

Dieser Stil bundesrepublikanischer deutscher Aussenpolitik, wie er sich in den hier angedeuteten und in vielen anderen Vorkommnissen in der jüngsten Vergangenheit ausprägt, ist selbst von Wilhelm II. nicht erreicht worden, weder in der Quantität, noch in der Art. Indessen gab es damals wenigstens Untertanen, die ihm anhängen und dennoch mit souveränem Mut der Majestät unmissverständlich Rat chlägeerteilten, schließlich auch öffentlich. Der Mangel an Zivilcourage in unserer Zeit verhindert solche notwendigen Korrekturen, obwohl es auf dem Gassen besprochen wird, wie sie uns schaden.

Vielleicht trösten wir uns noch einige Zeit: "Dat hab'n de Leute bald wieder vergess'n". Möglich, dass es bei uns so ist - Fremde erinnern uns aber zuweilen.....

Ein Schlag gegen Europa

sp - Frankreich hat nun unter Mißachtung der Proteste aus der ganzen Welt eine zweite Atombombe über der Sahara zur Explosion gebracht - fast zur gleichen Stunde, da der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow mit dem französischen Staatschef de Gaulle zum zweiten Male im Schloß Rambouillet bei Paris konferierte.

Wollte de Gaulle damit die Ebenbürtigkeit Frankreichs als Atommacht mit den schon bestehenden Atommächten bekunden? Die Explosion erfolgte nach der nicht ohne Bedenken gegebenen Zustimmung der Vereinigten Staaten, auch von unterirdischen Atomexperimenten für eine gewisse Zeit Abstand zu nehmen. De Gaulle hat mit seiner zweiten Atombombe das von aller Welt gewünschte Moratorium für Atomwaffenexperimente zumindest wieder infrage gestellt und andere Länder ermutigt, es ihm gleichzutun. Bereits jetzt läßt jeder vorübergehende Monat, bemerkte dieser Tage besorgt die "Times", die Hoffnung schwächer werden, daß ein Drei-Mächte-Übereinkommen irgendeine Wirkung auf die wachsenden Ambitionen anderer haben wird. Wie lange wird noch das ehrgeizige China warten? Der Weg zu einer kontrollierten Abrüstung wird immer schwieriger, die Möglichkeiten einer Kontrolle geringer.

Frankreich mag in seinen zweiten gelungenen Experiment in den Wüsten der Sahara eine Steigerung seines Prestiges erblicken, moralisch und machtpolitisch aber hat es an Gewicht verloren. Ganz Afrika befindet sich heute in einem Zustand revolutionärer Gärung. Nach der Explosion der ersten französischen Atombombe kam es in Conakry zu wilden Ausbrüchen eines Franzosenhasses. Die Bewohner Afrikas wehren sich leidenschaftlich dagegen, daß auf ihrem Boden eine europäische Macht die schrecklichsten Vernichtungswaffen erprobt und daß sie dabei an Leben und Gesundheit gefährdet werden. Die unglückselige Rassenpolitik der Südafrikanischen Union hat unüberbrückbare Gräben zwischen Schwarzen und Weißen aufgerissen; die französische Atombombenpolitik muß den ganzen schwarzen Kontinent gegen Europa in Bewegung bringen. Die Mißachtung der Empfindlichkeiten vieler Millionen Afrikaner, die eben dabei sind, ihre Zukunft selbst zu gestalten, wird nicht ohne schwerwiegende politische und psychologische Folgen bleiben, und Europa wird sie in erster Linie zu spüren bekommen. Frankreich, einst das Mutterland der europäischen Zivilisation, erscheint heute vielen Völkern des schwarzen Kontinents als eine europäische Macht, die nicht begreifen will oder kann, daß die Zeiten vorbei sind, in denen man über die Empfindungen und das Lebensrecht der Völker hinwegsehen kann.

Schon bei der Explosion der ersten französischen Atombombe fiel es auf, daß die Sowjetunion gar nicht so laut protestierte, wie es bei amerikanischen Atomversuchen geschah. Erfolgte diese merkwürdige Zurückhaltung in der Erkenntnis, daß jede explodierende Atombombe auf afrikanischem Boden diesen Kontinent von Europa immer mehr entfernt? Das kommt den Herren im Kreml gewiß nicht ungelogen.

Schweizer Abwehr gegen ausländische Geheimbündelei

K.v.K., Bern

Die Schatten der algerischen Tragödie fallen nun auch auf die Schweiz. Die Eidgenossenschaft, die seit ihrem Bestand als Bundesstaat und ihren Bekenntnis zur Neutralität in den letzten 90 Jahren sich immer dagegen wenden musste, nicht als Turmelplatz der verschiedensten Nachrichtendienste über Gebühr missbraucht zu werden, wehrt sich scharf gegen den Versuch, sowohl von algerischer, als auch französischer Seite in die Gegensätze der beiden sich befehdenden Teile hineingezogen zu werden.

Besonders Genf wird von allen Beteiligten an algerischen Konflikt als Plattform der Nachrichtendienste bevorzugt. Dagegen muss sich die Schweiz zur Wehr setzen, ohne allerdings ihrem Prinzip zur Gewährung des Asylrechtes für Flüchtlinge untreu zu werden. Die Unterscheidung ist hier aber besonders schwer, weil alle Teile stets bemäht sind, eine politische Tätigkeit unter dem Deckmantel des Refugiums zu verbergen.

Ende der vergangenen Woche führte die Schweizer Bundespolizei in Genf eine Aktion gegen eine algerische Geheimorganisation durch, bei der ein Dutzend Haussuchungen und 28 Vernehmungen stattfanden. Danach verfügte sie die Ausweisung von vier Algeriern, die in Basel an die Grenze gestellt wurden und von der Bundesrepublik Asyl verlangten. Die Schweiz kann es nicht dulden, daß Ausländer politische Geheimbünde gründen und vom Schweizerboden aus kriegerische Entwicklungen im Ausland unterstützen. Ebenso hat die Bundespolizei ein scharfes Auge auch auf Franzosen, die als Beauftragte des französischen Geheimdienstes algerische Flüchtlinge beobachten, oder aber auch innerfranzösische "ULTRAS" bespitzeln und unter Druck setzen, - oder gar mit ihnen conspirieren. Die Unterscheidungen sind oft sehr schwierig, weil die Bestrebungen und Methoden innerhalb der einzelnen Gruppen oft wechseln. Zu den Ausweisungen war zu erfahren, dass die vier FLN-Aktivisten gar nicht alle Algerier sind; ihr Chef war Franzose, der gegen die Algerier kämpfte, dann desertierte, weil er eine weitere Beteiligung an Massenerschekutionen und grausamen Unterdrückungsmethoden nicht mehr mitmachen wollte und sich darauf dem FLN-Comité in der Schweiz anschloss. Die Ausgewiesenen standen in der Schweiz in offiziellem Auftrag der algerischen Exilregierung.

Eine ähnliche Sorge bereitet den Bundesbehörden gewisse Personen, die dem Flüchtlingsstatus unterliegen, also schon das Asylrecht besitzen, und bei denen man durchaus nicht sicher ist, ob sie sich des Gastrechts würdig erweisen. Zu ihnen gehört der nordfranzösische Textil-Industrielle Philippe de Massay, ein aktiver Teilnehmer der "ULTRAS" und Vertreter der französischen Kolonisten, gegen den ein Haftbefehl der französischen Regierung läuft. Ausserdem halten sich Vertreter der "Arabischen Liga" in Genf auf, die wiederum die "ULTRAS" und Franzosen zu beobachten, oder unter Druck zu setzen haben, und keiner von beiden Teilen würde gegebenenfalls vor Gewalt und Attentaten zurückschrecken.

Einen grossen Einfluss auf das Zuschlagen der Schweizer Bundespolizei dürfte in der letzten Woche das Durchsickern der Meldung aus Paris gewesen sein, dass der in Paris in Ungnade gefallene, ehemalige Gouverneur von Algerien und Exminister Soustelle in der Schweiz ein "Dokumentations- und Informationszentrum" zu errichten beabsichtigte. Ebenso erfuhr man, daß Ortiz, der wie Philippe de Massay geflohen ist, in Genf tätig geworden war. + + + - 5 -

Ökonomische Entwicklungsaufgaben

H.G.S. Berlin - Der stürmische Fortschritt technischer und maschineller ökonomischer Produktion in der ganzen Welt hat den meisten Staaten die Aufgabe gestellt, durch besondere Institute den wirtschaftlichen Aufbau und die technisch-ökonomische Durchdringung unterentwickelter Gebiete zu erforschen und zu planen. Beide Weltgroßmächte mit ihrem gewaltigen Wirtschaftspotential, die UdSSR ebenso wie die USA, haben in ihren Großstädten solche Einrichtungen geschaffen, die weit über die Nationen hinauswirken. Beide Großmächte suchen sich in ihren ökonomischen Entwicklungsaufgaben auch im Wettbewerb zu übertreffen, wenn es darum geht, entwicklungsfähige Länder, vor allem die Länder Südamerikas und die zahlreichen aus der Kolonialherrschaft entlassenen Länder Asiens und Afrikas, mit ihrer Beratung und Hilfe aufzubauen. Es ist ein interessantes Symptom, daß jetzt in wenigen Wochen ein solches Forschungsinstitut für Entwicklungsländer auch in Westeuropa, und zwar in Berlin, entstehen wird.

Noch im Juni dieses Jahres wird die "Akademie für Entwicklungsländer" in Nordberlin, im französischen Sektor, in einer früheren Villa der Firma Borsig am Tegeler See, mit ihrer Arbeit beginnen.

Es ist nicht zu erwarten, daß diese Entwicklungsakademie wesentliche Umgestaltungen der Weltwirtschaft einleiten oder planen kann. Das ist auch nicht die Absicht des Institutes, wie der Kurator Seib erklärte. Vielmehr hat man dieses Unternehmen als eine Ausdrucksform des wirtschaftlichen Aufschwungs seit der Währungsreform in Deutschland zu sehen. 1959 wurde die "Deutsche Stiftung für Entwicklungsländer" mit ERP-Mitteln gegründet. Es ist zweifellos eine europäische Aufgabe, den Ländern Asiens und Afrikas aus Europa, und besonders aus einem wirtschaftlich so regen Lande wie die Bundesrepublik, eine beratende oder auch technische Hilfe bei ihrem demokratischen Aufbau des wirtschaftlichen Potentials zu geben.

Zunächst wird die Akademie wohl eher eine Informationszentrale über die deutsche Wirtschaft für ausländische Besucher sein, als eine Wirtschaftsakademie für die unterentwickelten Länder. Berlin hat sich in der Behandlung des Europa-Gedankens, um den sich etwa auch Senator a.D. Otto Bach (SPD) sehr verdient machte, und der guten Beziehungen zur UN besonders hervor getan. Hier ist eine gastliche Stadt, die aus eigener schwerer wirtschaftlicher Notlage entlassen und ständig von ihrer Umwelt bedroht, sich besonders für die Nöte anderer Gebiete einsetzen kann.

Der Berliner Hintergrund ist solchen neutralen und doch positiv bestimmten Beratungen und Forschungen günstig. Leitende Persönlichkeiten der Entwicklungsländer sollen hier zusammenkommen und Fachkenntnisse mit Wirtschaftsexperten der Bundesrepublik austauschen.

Wie man hört, wird besonders auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit und Genossenschaftsfragen in Aufbauländern diskutiert und geforscht werden. Aber auch einem Faktor wie der psychologisch richtigen Berufsausbildung und ihrer individuellen und volkswirtschaftlichen Planung soll zunächst erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Der Raiffeisenverband und die Carl-Duisberg-Gesellschaft haben unter anderem ihre Hilfe dabei zugesagt.

Zum anderen werden deutsche Experten für Entwicklungsländer hier den ersten oder letzten "Schiff" für ihre Tätigkeit in diesen Ländern kurz vor ihrem Einsatz erhalten, eine Ausbildung, die nicht nur fachliche, sprachliche sondern auch ethnologische Grundlagen zu bieten hat. Das Berliner Institut, das die volle Unterstützung des Senats hat, ist bundeseigen. Es wird in dieser Stadt an einer Eckstelle der beiden Wirtschaftsgrößmächte mit ökonomischer Entwicklungspotenz stehen, zugleich dem großen Wirtschaftswirbel der Bundesrepublik entzogen.

Es muß aber bei aller positiven Bejahung der Ziele und Inhalte, die sich erst am Horizont andeuten und nach dem Juni 1960 konkretisieren werden, auf die Gefahr hingewiesen werden, daß sich hier die deutsche Großindustrie eines Tages eine hybride Wirkungsmacht hinsichtlich der Entwicklungsländer schaffen könnte; diese Länder haben nicht um ihr politische Souveränität gekämpft, um sie auf dem Umweg wirtschaftlicher Abhängigkeit von europäischen Industrieländern wieder zu verlieren. Diese Hilfe muß frei von jeder politischen Bevormundung sein. Die Großmacht Wirtschaftshilfe für die Welt darf niemals zu Großmachtplänen der Bundesrepublik entwickelt werden. Der Sinn dieser europäischen Arbeit mit Unterstützung der USA liegt im demokratischen Weltplan der freien Nationen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel